

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 42/44. Jg.

16. Okt. 1931

ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit Graph. Technik 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Moral. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungskatalog Nr. 3573). Für die Länder des Westpostvereins 1.- Mk.

Redaktion:
Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Redaktionsschluss: Montag. Fernruf: B 2, Lützow 5583.
Verlag: Johannes Hög, Berlin W 9. - Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - **Zuschriften an die Expedition erbeten.** **Postverlagsgort Schkenditz**

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin W 9, Königin-Augusta-Str. 12. Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Schkenditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

Für Sozialismus - gegen Kapitalismus

Elf Spitzenverbände der Wirtschaft, und zwar die sozialpolitischen, die wirtschaftspolitischen und die öffentlich-rechtlichen Spitzenorganisationen in Industrie und Handel, in Handwerk und in der Landwirtschaft, holen aus zu einem Generalangriff gegen den Lebensstandard der Arbeiterklasse und zur Vernichtung der letzten Errungenschaften, die die organisierten Arbeitnehmer seit der Staatsumwälzung in schweren Kämpfen durchgesetzt haben. In einem in sechs Punkten veröffentlichten Programm werden (angesichts der Millionen Arbeitslosen) von der Regierung Entscheidungen nur zugunsten des individualistischen privaten Wirtschaftssystems gefordert. Zu den in mehr als 3000 Kartellen, Syndikaten und Trusten vereinigten und ausschließlich zum Zwecke von Preisbindungen geschaffenen Unternehmerorganisationen wird mit keinem Worte Stellung genommen. Kein Wort von den ungeheuren öffentlichen Subventionen und staatlichen Protektionen, Hochschutzzöllen usw., die die privaten Unternehmer seit Jahren schlucken. Nichts wird erwähnt von den Kapitalfehlleitungen und Kapitalverschiebungen ins Ausland, von den „Mammutgehältern der Wirtschaftsführer“. Um so intensiver wird Sturm geblasen gegen die Reste der staatlichen Zwangswirtschaft und insbesondere gegen das staatliche Tarif- und Schlichtungswesen sowie für den Abbau der Leistungen aus der Sozialversicherung. „Anpassung der Löhne und Gehälter an die gegebenen Wettbewerbsverhältnisse“ bedeutet für sie Abschaffung der Tarifverträge, Aufrichtung von Haus- und Werkstarifen, Beseitigung der Verbindlichkeitserklärung, und schließlich würde nur noch - wie vor 40 und mehr Jahren - der individuelle, vom Unternehmer allein diktierte Arbeitsvertrag und Lohn gelten. Kurzum, man will das kollektive Tarifvertrags- und Arbeitsrecht beseitigen.

Die kapitalistischen Sirenen heulen: „Die deutsche Politik muß erkennen, daß es zwischen sozialistischen und kapitalistischen Wirtschaftsmethoden kein Kompromiß gibt.“

Das bedeutet entschiedene Kampfansage an die sozialistisch orientierten Volksteile, vor allem an alle abhängigen Lohnarbeiter und an die sozialistische Reichsregierung. Nicht die Ultramare-Lahusen- und die spekulative Bankpolitik, nicht Schieles Hochschutzzölle oder der Sturz der Weltmarktpreise, nicht der Weltkrieg mit Millionen Kriegssopfern, nicht Kapitalverknappung und weltwirtschaftliche Strukturwandlungen sind nach Meinung der Wirtschaftsverbände schuld am Niedergang der deutschen Wirtschaft, sondern nur die staatlichen Belastungen und Zwangseingriffe.

Schuld sei vor allem der gesteigerte Finanzbedarf des Reiches, der Länder und Gemeinden, der von 7,2 (16,2 v. H.) Milliarden Reichsmark im Jahre 1931 auf 20,8 Mil-

liarden Reichsmark (30,1 v. H. des Volkseinkommens) im Jahre 1928/29 gestiegen ist. Der steuerliche Zuschußbedarf erreichte 1930 bis 1931 etwa 17 Milliarden gegen 5,4 Milliarden Reichsmark 1913. Die Folge sei, daß die Arbeitslosenziffer stieg von 841 000 Mitte 1927 auf fast 5 Millionen Ende Februar 1931. Diese Entwicklung hätte die volkswirtschaftlichen Grundlagen Deutschlands zerrüttet, eine ausreichende Kapitalbildung verhindert, die Kapitalflucht verstärkt, das Zinsniveau unwirtschaftlich in die Höhe getrieben. So sehen deutsche „Wirtschaftsführer“ die Entwicklung seit dem Jahre 1913, nur daß sie Ursache und Wirkung verwechseln.

Wie aber sehen die Arbeiter die Wirkungen der Kriegspolitik und wie ist die rauhe Wirklichkeit? Der verlorene Weltkrieg hat der deutschen Wirtschaft nicht nur etwa 150 000 Millionen Goldmark Verluste gebracht, sondern der enorme Finanzbedarf ist das Erbstück und zugleich furchtbare Andenken an die „herrlichen Zeiten“, denen die früheren Machthaber das deutsche Volk entgegengeführt haben.

Diese Erbschaft betrifft die inneren und äußeren Kriegslasten, die das ausgepowerte, vom Weltmarkt abgeschnittene und aus Millionen Wunden blutende deutsche Volk übernehmen mußte. Diese Last betrug in Millionen Reichsmark:

Jahr	des Gesamtbedarfs	aus früheren Kriegen
1913	62,5	= 2,6 v. H.
1925	3101,7	= 39,2 v. H.
1927	3689,1	= 36,2 v. H.
1928	4493,5	= 38,1 v. H.
1929	3876,1	= 35,8 v. H.
1930	3915,4	= 33,8 v. H.

Die Versorgung für 861 324 berechnete Kriegsbeschädigte (einschließlich Familienangehörige 2 276 148 Personen) kostete im Jahre 1930 etwa 1 600 Millionen Reichsmark. Hierzu kommt ein erheblicher Teil der Lasten, die die Invalidenversicherung für die frühzeitig invalide werdenden Kriegsteilnehmer übernehmen muß, die in der im Jahre 1930 laufenden Zahl von 3,5 Millionen Invalidenrenten enthalten sind, die aber nicht gesondert berechnet und vom Reich auch nicht an die Versicherung zurückgezahlt werden. Im Jahre 1913 liefen nämlich nur 1 174 Millionen Invalidenrenten. Nicht berücksichtigt ist außerdem in der Kriegsversorgungslast des Reiches derjenige Anteil, der im kommunalen Aufwand an Fürsorge und Wohlfahrt im Jahre 1930 insgesamt 1 920 Millionen Reichsmark betrug und nicht gesondert ausgewiesen wird.

Die Verschuldung von Reich, Ländern und Gemeinden, die im Jahre 1914 = 29,5 Milliarden Reichsmark betrug, und die bis 1923 durch Kriegsanleihen aller Art sicher die Summe von mindestens 150 Milliarden Reichsmark erreichte, war infolge Geldentwertung auf 14,6 Milliarden Reichsmark am 31. März 1928 gesunken und ist bis Ende des Jahres 1930 wieder auf 25 Milliarden

Reichsmark angewachsen. Der Schuldendienst im Jahre 1930 erforderte bereits wieder 1 009 Millionen Reichsmark. Im Gegensatz zum Vorkriegsverhältnis liegt heute das Schwergewicht der öffentlichen Verschuldung beim Reich mit einem Anteil von 48,8 v. H., nach dem Stande vom 31. März 1928, während 1914 die Hauptlast mit 57 v. H. bei den Ländern lag. Diese Umschuldung ist im wesentlichen durch die Übernahme der Eisenbahnlinien auf das Reich und durch Lasten aus Kriegsfolgen bedingt.

Auch die Siegerländer befinden sich in einer ähnlichen wirtschaftlichen Situation, vor allem jene, die sich bisher nicht durch eine Inflation „hindurchretten“ konnten. Allein die Staatsschulden betragen in Millionen Reichsmark umgerechnet:

	1914	1928
in Großbritannien	13 274	100 149
in Frankreich	27 854	65 044
in Belgien	4 035	5 416
in Italien	12 770	26 066

Frankreich, Belgien und Italien haben bekanntlich vor 1928 eine erhebliche Herabsetzung ihrer Schulden durch Inflationen erreicht. Rettung aus dieser ungeheuren Verschuldung kann nur eine internationale Schuldenregelung bringen, ein Problem, das bekanntlich seit Monaten von Deutschland ausgehend in Angriff genommen ist. Erst dann wird sich auch das Zinsniveau zugunsten Deutschlands ändern, das bekanntlich durch die Septemberwahlen und die Desperadopolitik der „Wirtschaftsführer“ verschärft wurde, die Vertrauenskrise und die Kreditnot auslöste und noch für absehbare Zeit die deutsche Wirtschaft durch überhöhten Zins schwer belastet. Hier zeigt sich, wie politische Unfähigkeit und Gewissenlosigkeit und private Spekulationswut die Wirtschaft nur zerrütten kann.

Eine ausreichende Kapitalbildung soll durch die unheilvolle Entwicklungslinie der deutschen Wirtschaft verhindert worden sein. Dieser Behauptung stellen wir die Feststellung des Instituts für Konjunkturforschung zu Anfang dieses Jahres gegenüber, wonach allein in den Jahren 1924/28 56 Milliarden Reichsmark Inlandkapital neu gebildet und außerdem 15 Milliarden Reichsmark Auslandskapital neu investiert worden sind. Den schlüssigen Beweis für die Richtigkeit der Feststellungen bietet der übersetzte Produktions- und der aufgeblähte Warenverteilungsapparat, dessen Umfang in völligem Widerspruch steht zur Kaufkraft im Inland und auf dem Weltmarkt. Hier offenbaren sich die gewaltigen Kapitalfehlleitungen, sie zeigen uns, wo ungeheure Kapitalien eingefroren sind, die nur noch hohe Zinsen fressen. Ohne notwendige Abschreibungen der eingefrorenen Kapitalien kann in absehbarer Zeit in vielen Zweigen der Wirtschaft nicht rentabel gearbeitet werden. Hier muß eine Auflockerung der Kartellwirtschaft und der Mo-

nopolpreise nachhelfen. Solange Hochschutzzölle uns vor der Einfuhr billiger Lebensmittel bewahren, zahlen wir zum Schutze der Landwirtschaft gegenwärtig für jede Tonne Weizen etwa 200 Reichsmark über den Weltmarktpreis hinaus, für Roggen etwa 115 Reichsmark; daher muß Deutschland eine Teuerunginsel bleiben. Das wirtschaftliche Versagen der Landwirtschaft kostet dem deutschen Volke jährlich Milliarden Reichsmark. Allein für den Weizen- und Roggenverbrauch erhielt die deutsche Landwirtschaft mehr als 1,5 Milliarden Reichsmark staatliche Überpreise in Form von Zollprämien in die Taschen geschoben, wenn man für 1931 nur die in Deutschland im Jahre 1927/28 in sämtlichen deutschen Mühlen verarbeiteten Mengen der Berechnung zugrunde legt. Überteuerte Lebensmittel können mit Elendslöhnen und mit Hungerrenten nicht konsumiert werden, sie führen vielmehr zu

weiteren schweren wirtschaftlichen und politischen Störungen.
Nur im Lohnabbau erblicken die Wirtschaftsverbände den wichtigsten Rettungsanker für das „individualistische Wirtschaftssystem“ und die wichtigste Voraussetzung für die notwendige Kostensenkung. Auf diese Weise wird man nur erreichen, daß die ständig steigende Zahl der abhängigen Lohnempfänger der privaten Profitwirtschaft feindlich gegenüberstehen und im Sozialismus die einzige Rettung erblicken. Eine wirklich freie Wirtschaft, frei von allen Subventionen und Protektionen, hat es nie gegeben und sie wird sich innerhalb einer bereits international kartellierten Wirtschaft nimmermehr durchsetzen. Zu den „Sofortmaßnahmen“ wird der Abbau der „weit überhöhten Soziallasten“ gefordert. Wie bescheiden sind die Zuschüsse der öffentlichen Hand für die gesamte Sozialversicherung gegen-

über den offenen und versteckten staatlichen Zuwendungen an die private Wirtschaft. Betrag doch der Reichszuschuß in Millionen Reichsmark für mehr als 20 Millionen versicherte Arbeiter und Angestellte in der

	1913	1930
Krankenversicherung	—	21
Unfallversicherung	—	—
Invalidenversicherung	58,5	395,8
Angestelltenversicherung	—	—
Knappschaftsversicherung	—	29,3
Arbeitslosen-, Krisen- und Sonderfürsorge	—	935,7

Mit solchen gewaltpolitischen Maßnahmen, wie sie die Unternehmerverbände fordern, werden vielleicht Interessentenhaufen befriedigt, aber der Kapitalismus wird dadurch nicht gerettet. Die Zahl seiner Totengräber wächst, weil die Besitzer der Produktionsmittel den Widerspruch zwischen Güterproduktion und Güterverbrauch nicht lösen können.

Die Führer des ADGB.

Der 14. Gewerkschaftskongreß in Frankfurt am Main, der bei allen Gegnern der deutschen freien Gewerkschaften eine zum Teil hysterische Kritik wegen seiner sachlich scharfen, aber besonnenen Stellungnahme gefunden hat, hat nach gutem demokratisch-freigewerkschaftlichen Brauch nach

hat der Vorsitzende des ADGB., Kollege Leipart, auf dem Kongreß hervorgehoben und wir unterstreichen jedes Wort.
Als Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wurden die Kollegen Theodor Leipart und Peter Graßmann wiedergewählt und Wilhelm Eggert neu gewählt. In ihrer Hand liegt die Führung des Gewerkschaftsbundes. Übt auch die Führung einen starken Einfluß auf die Gestaltung der Bewegung aus: der entscheidende Einfluß liegt doch bei der Masse der Mitglieder.

Leipart als sein würdiger Nachfolger erkoren. Leider drücken auch Kollegen Leipart die Jahre bereits. Er deutete deshalb auf dem Gewerkschaftskongreß bereits an, daß auch seine Zeit bald da sei, jüngerer Kraft Platz zu machen.
Kollege Peter Graßmann, der Mitvorsitzende des ADGB., stammt aus dem Lager der deutschen Buchdrucker. Neben Döblin war ihm längere Zeit die Leitung des Deutschen Buchdrucker-Verbandes anvertraut. Als auf dem Gewerkschaftskongreß in Nürnberg 1919 nach einer Hilfe für Carl Legien Umschau gehalten wurde, fiel die Wahl auf Peter Graßmann. Seit dieser Zeit hat er sich das Vertrauen der Gewerkschafter immer mehr erringen können und bleibt nur zu hoffen, daß die Arbeitskraft des Kollegen Graßmann der nationalen wie der internationalen Gewerkschaftsbewegung noch recht lange erhalten bleibt.
Der 2. Mitvorsitzende des ADGB. ist nach der Frankfurter Wahl der Kollege Wilhelm Eggert,



Prüfung der bisher geleisteten Arbeit der Führung erneut die Männer bestimmt, die an der Spitze des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes stehen sollen. Nachdem nach Abnahme des Geschäftsberichtes dem Vorstand des ADGB. der Dank für die geleistete Arbeit und das Vertrauen fast einstimmig ausgesprochen worden war, vollzog sich die Wahl ohne Schwierigkeiten. Trotzdem sind nicht alle bisher amtierenden Kollegen auf ihren bisherigen Platz zurückgekehrt.

Ausgeschieden aus dem besoldeten Vorstandsdienst des ADGB. sind unser Kollege Hermann Müller, bisher Mitvorsitzender; Kollege Kube, bisher Finanzminister und Kollege Knoll, Sekretär. Die Abgabe ihres Amtes erfolgte aus Altersrücksichten. Selbstverständlich bleiben die genannten Kollegen noch so lange tätig, bis ihre Amtsnachfolger ganz ohne ihre Hilfe auskommen können. Von den aus dem Vorstand des ADGB. ausgeschiedenen Kollegen steht uns Kollege Hermann Müller besonders nahe, der seit vielen Jahren ehrenamtlich 2. Vorsitzender des Verbandes war. Welche Verdienste sich die ausgeschiedenen Kollegen um die organisierte Arbeiterschaft erworben haben,

Das sollte jeder beachten, der an „den da oben“ Kritik übt.
Der 1. Vorsitzende des ADGB., Kollege Leipart, ist jedem älteren Gewerkschafter nur zu gut bekannt. An der Wiege der Gewerkschaften stehend, hat Kollege Leipart seinen redlichen Anteil an Werden und Sein der Gewerkschaften. Als Vorsitzender des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes hat er starken Anteil an dem Geschick der Generalkommission, aus der 1919 der ADGB. erwuchs, genommen. Mit dem unvergesslichen Führer der Gewerkschaften, Carl Legien, verband ihn Freundschaft. Als Carl Legien dem Tode seinen Tribut zollen mußte, wurde Kollege Theodor

der seit dem Breslauer Gewerkschaftskongreß 1925 als Sekretär im ADGB. bereits tätig ist. Kollege Eggert war früher im Metallarbeiter-Verband tätig. Es ist nun an ihm, zu beweisen, daß das ihm geschenkte Vertrauen gerechtfertigt war. Leicht ist dieser Beweis nicht, denn an die Führung des ADGB. werden Anforderungen gestellt, wie selten.

1. Ausschußsitzung des ADGB.

Am 2. Oktober 1931 trat der Bundesausschuß des ADGB. unter dem Vorsitz von Leipart zu seiner ersten Sitzung nach dem Frankfurter Gewerkschaftskongreß zusammen. Gegenstand der Beratungen waren in erster Linie die drohenden Verschlechterungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik und des Tarifrechts sowie der Kampf um die Erhaltung der Löhne, deren planmäßiger Abbau in den letzten anderthalb Jahren ohnehin schon zu einer krisenverschärfenden Zerstörung der Kaufkraft geführt hat.

Der stellvertretende Vorsitzende, Graßmann, erstattete den Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes. Er ging dabei aus von den Gerichten, die über die Pläne der Reichsregierung be-

züglich der Umgestaltung der sozialpolitischen Einrichtungen und insbesondere eingreifender Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung sowie einer Lockerung des Tarifrechts durch die neue Notverordnung in Umlauf sind. Der Bundesvorstand hat versucht, sich durch unmittelbare Verhandlungen mit dem Reichskanzler und dem Reichsarbeitsminister Klarheit über die beabsichtigten Maßnahmen zu verschaffen, Maßnahmen, die offenbar zunächst sehr viel weitergehende Ziele verfolgten.

Was die Lockerung des Tarifrechts angeht, so ist dabei schwer zu entscheiden, ob die geplanten Maßnahmen auf den Einfluß der Arbeitgeber, insbesondere der Schwerindustrie und der Bergbauindustriellen zurückgehen, die ja seit Jahren diese Pläne verfolgen, oder ob der Sturz des englischen

Pfandkurses die Regierung zu der Auffassung gebracht hatte, daß auf keinem anderen Wege die wirtschaftliche Lage eine Erleichterung erfahren kann. Jedenfalls scheint sich in den vergangenen Wochen in den Regierungskreisen die Auffassung festgesetzt zu haben, daß man nur durch eine Auflockerung des Tarifrechtes den Tarifvertrag über den kommenden Winter retten könne. Eine weitgehende Einschränkung der Verbindlichkeitsklärung, Verkürzung der Laufdauer der Tarifverträge, Einführung eines vorzeitigen Kündigungsrechtes, Aufnahme von Bestimmungen in die Tarifverträge, die es ermöglichen sollen, notleidenden Betrieben Ausnahmeregelungen zuzugestehen, eine Ausdehnung des Begriffs der Notstandsarbeiten, die auch privaten Arbeitgebern unter gewissen Bedingungen ein Abweichen vom Tariflohn gestatter würde,

und endlich eine weitere Senkung der Löhne, der allerdings eine Zerschlagung der Kartell- und Innungspreise parallel gehen solle — diese Gedanken scheinen die Auffassung der Regierung weitgehend bestimmt zu haben. Ursprünglich hat wohl der Plan bestanden, dahingehende Bestimmungen bereits in der kommenden Notverordnung festzulegen. Kein Zweifel, daß diese Auflockerung der Tarifverträge einem Ende des Tarifrechts gleichkäme. Der Versuch, diese einseitigen Maßnahmen mit dem Hinweis auf die Auswirkungen des Pfundsturzes und die Verluste, die bei langfristigen Ausfuhrlieferungsverträgen sich ergeben würden, zu rechtfertigen, bewegt sich durchaus in den Gedankengängen der Arbeitgeber. Das veröffentlichte Sofortprogramm der Industrie ist ein eindeutiges Zeugnis dafür, daß die Reichsregierung, aus Furcht vor einer neuen Inflation, sich auf eine Wirtschaftspolitik einzulassen drohte, die tatsächlich die Auswirkungen der Krise in ihrer ganzen Schwere auf die Schultern der Arbeiter abwälzen würde.

Wie es scheint, war man in Regierungskreisen der optimistischen Auffassung, daß die Arbeitgeber in ihrer großen Mehrheit tariffreundlich seien und daß auch die verbleibende Minderheit keineswegs auf einem einheitlich tarifgerichteten Standpunkt stehe. Wenn diese Illusionen einer Widerlegung bedürft hätten, so ist der Nachweis ihrer Tariffreundlichkeit in dem Sofortprogramm der Industrie mit aller Deutlichkeit geführt worden.

Die Verhandlungen der Gewerkschaften und der Partei mit der Regierung haben ohne Zweifel das positive Ergebnis gehabt, daß eine Neuregelung des Tarifrechtes in diesem seinen Bestand gefährdenden Sinne nicht in die neue Notverordnung aufgenommen worden ist. Damit ist die Gefahr freilich noch keineswegs abgewendet.

Es ist auch der Gedanke erwogen worden, die Unabdingbarkeit der Löhne nur bis zu einer Höhe von 80 v. H. aufrecht zu erhalten und die verbleibenden 20 v. H. der freien Vereinbarung zu überlassen. Dieser Gedanke eines abdingbaren Spielraums von 20 v. H. ist aber offenbar nicht die einheitliche Überzeugung aller Mitglieder des Kabinetts. Die Durchführung dieses Gedankens birgt selbstverständlich die Gefahr in sich, das Tempo des Lohnabbaues zu beschleunigen und ihm ein Ausmaß zu geben, das selbst in der Geschichte der letzten anderthalb Jahre ohne Beispiel wäre. Auch zur Begründung dieser Maßnahme ist, die Furcht vor der Inflation der entscheidende Gesichtspunkt. Man stehe vor der Alternative, entweder eine Inflation, die psychologisch untragbar sei und zur völligen Vernichtung des Sparplans führen würde, oder einer Deflation, die eine Senkung aller Löhne, Gehälter, Preise und öffentlichen Ausgaben in sich schloße. Tatsächlich ist in diesem Zusammenhang Deflation nur ein anderes Wort für Lohnabbau, denn die Erfahrung der letzten Jahre hat bewiesen, daß die Regierung auf keinem Gebiet so ohnmächtig ist, wie auf dem einer bewußten Einwirkung auf die Preise. Die Absicht der Regierung, auch gegenüber den Kartellpreisen, den Agrar- und Industriezöllen energisch vorzugehen, ist daher mit äußerster Vorsicht aufzunehmen.

Die Arbeitslosenversicherung ist bei ihrem jetzigen Beitragsaufkommen von 6 1/2 v. H. des Lohnes noch nicht saniert. Es wird für die 6 Wintermonate mit einem Defizit gerechnet, das, je nachdem, wie hoch man die Durchschnittszahl der Arbeitslosen für diese Zeit schätzt (5,8 bis 6,2 Millionen), sich auf 110 bis 210 Millionen Reichsmark belaufen würde. Zuschüsse oder Darlehen an die Reichsanstalt stehen im Etat zum Ausgleich nicht zur Verfügung. Statt dessen hat die Notverordnung vom 5. Juni 1931 den Vorstand der Reichsanstalt ermächtigt, zum Ausgleich die Unterstützungsdauer zu verkürzen, die Sätze der Arbeitslosenversicherung bis auf die Sätze der Krisenunterstützung herabzusetzen (evtl. auch beides gleichzeitig). Möglich wäre auch eine Erhöhung des Beitrages. Dabei muß berücksichtigt werden, daß der Beschluß des Vorstandes ausschließlich vom Willen der Reichsregierung abhängig war, da der den Ausschlag gebende Präsident der Reichsanstalt in derartigen Fällen auf Anweisung der Reichsregierung stimmt.

Die Reichsregierung war ursprünglich geneigt, dem ständigen Drängen der Unternehmer zu folgen und im Vorstand der Reichsanstalt einen Beschluß durchzusetzen, der die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützungssätze auf die Sätze der Krisenunterstützung bei gleichzeitiger Verkürzung der Unterstützungsdauer von 26 auf 18 Wochen, für die Saisonarbeiter von 20 auf 14 Wochen enthalten sollte. In zahlreichen Verhandlungen haben sowohl die Gewerkschaften wie auch die SPD-Fraktion die Regierung auf das Untragbare einer solchen Maßnahme hingewiesen und den schärfsten Widerstand angekündigt für den Fall, daß sie trotzdem durchgeführt würde.

Diese Vorstellungen haben insoweit einen Erfolg gehabt, als in der entscheidenden Sitzung des Vorstandes der Reichsanstalt der Präsident nunmehr entgegen dem ursprünglichen Vorschlag sich dafür erklärte, nur die Unterstützungsdauer von 26 auf 20 Wochen (für Saisonarbeiter von 20 auf 16 Wochen) herabzusetzen, die Unterstützungssätze dagegen auf der bisherigen Höhe zu

belassen. Die Arbeitgeber ihrerseits nahmen daraufhin den ursprünglichen Vorschlag der Reichsregierung als ihren Antrag wieder auf. Dieser Arbeitgeberantrag wurde nun mit den Stimmen der Arbeitnehmer und des Präsidenten zu Fall gebracht. Mit der gleichen Mehrheit wurde alsdann, entsprechend dem zweiten Vorschlag der Regierung, die Verkürzung der Unterstützungsdauer beschlossen.

Diese Lösung mußte unter den obwaltenden Verhältnissen als die denkbar erträglichste angesehen werden, zumal von der Regierung das Versprechen abgegeben wurde, die Unterstützungsdauer in der Krisenfürsorge entsprechend zu verlängern.

An den Bericht des Kollegen Graßmann schloß sich eine sehr eingehende Aussprache, an der sich nicht nur die Verbandsvorsitzenden, sondern insbesondere auch die Lohnpolitiker der einzelnen Verbände beteiligten. Die Debatte ergab die einstimmige Ablehnung jedes Eingriffs in das geltende Tarifrecht. Die Gewerkschaften sind entschlossen, an den grundsätzlichen Bestandteilen des Tarifrechtes unter allen Umständen festzuhalten. Tarifverträge, die weitgehende Abweichungen von den getroffenen Vereinbarungen in der einen oder anderen Form zulassen, haben für die Gewerkschaften keinen Wert.

Die Behandlung der Arbeitszeitfrage durch die Regierung hat sich zu einem offenen Skandal entwickelt. Die Gewerkschaften müssen auf dem strikten Verbot aller Überstunden, die gerade in letzter Zeit stark zunehmen, bestehen und darüber hinaus das Ziel der Vierzigstundenwoche mit Entschiedenheit verfolgen. Die ganze gegenwärtige Regierungskunst bestehe nur noch darin, immer mehr Arbeitslose zu schaffen, nur das könne der Effekt der fortwährenden Drosselung der öffentlichen Ausgaben sein.

Nachdem die Aussprache abgeschlossen war, ging Leipzig ein auf den Besuch von Laval und Briand in Berlin. Er erinnerte daran, daß die Unterredung zwischen den deutschen und französischen Ministern zu dem Entschluß zur Einsetzung eines deutsch-französischen Wirtschaftskomitees geführt habe. In das Komitee sollen auch Vertreter der Arbeitnehmer beider Länder gewählt werden. Die deutschen Gewerkschaften haben seit längerer Zeit wiederholt die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich gefordert, und sie erblicken in der Einsetzung des Komitees einen bedeutenden Schritt zur Förderung des Einvernehmens zwischen beiden Ländern. Es ist selbstverständlich, daß sie das größte Interesse an der Beteiligung bei diesen Arbeiten haben. Die deutsche Regierung hat beschlossen, 6 Arbeitnehmervertreter in den Ausschuss zu berufen. Die 6 Delegierten der Arbeiterschaft sollen Mitglieder des Plenums sein, das sich vermutlich aufteilen wird in eine Reihe einzelner Arbeitskommissionen, zu deren Arbeiten wiederum Sachverständige hinzugezogen werden. Von den 6 Vertretern der Arbeiterschaft hat der ADGB 2 zu benennen. Einem Vorschlag des Bundesvorstandes folgend, werden Willi Eggert und Fritz Tarnow dazu bestimmt.

Aus der Berufsinternationale

I.

In Zeiten der Not und Aufregung kann es eine Stärke sein, wenn wir bei den gleichen Bestrebungen, die in der deutschen Arbeiterschaft lebendig sind, auch hören, wie es in den übrigen Ländern aussieht. Wenn wir auch in unseren Berufen nur einen begrenzten Teil übersehen können, so stärkt doch die gleiche Erkenntnis die Kräfte zur gemeinsamen Abwehr der internationalen Wirtschaftskrise. Noch ist die internationale Arbeiterschaft nicht stark genug, um die Ketten zu sprengen, die der internationale Kapitalismus um uns gelegt hat. Es ist aber in den Köpfen der Arbeiter aller Länder der Gedanke stärker und stärker geworden, daß ein gemeinsamer Abwehrkampf geführt werden muß. So müssen wir dann auch jetzt im allgemeinen Niedergang bereits die Vorbereitungen zum neuen Aufstieg treffen. Aus diesem Grunde interessiert es auch unsere gesamte Kollegenschaft, was auf dem Gebiete der internationalen Zusammenarbeit der graphischen Organisationen geschehen ist.

Zwei bedeutsame Tagungen haben in den letzten Wochen in der graphischen Internationale stattgefunden. Die erste Tagung war die jährliche Exekutivtagung unserer Berufsinternationale, die im Juni in Amsterdam abgehalten wurde. Eine lange Tagesordnung stand zur Beratung. Der Sekretär, Kollege Roelofs, hatte einen allgemeinen Bericht über die Tätigkeit seit dem letzten Internationalen Kongreß in Prag erstattet. An diesem Bericht und den Ausführungen des internationalen Sekretärs wurden Ausstellungen nicht gemacht. Aus diesem Bericht soll noch einmal kurz folgendes hervorgehoben werden: Auf der ersten Exekutivtagung in Interlaken vom 16. und 17. Mai 1930 konnte durch internationale Abmachungen der Streit um die Besetzung der Offset- und Tiefdruckmaschinen beendet werden. Wo noch Differenzen bestehen, werden sie in absehbarer Zeit behoben sein. Der Streit selbst ist endgültig begraben. Nach dieser Einigung zwischen den

Buchdruckern und Steindruckern der Internationale war der Weg frei für die Zusammenarbeit aller drei graphischen Internationalen. Diese Zusammenarbeit wird zunächst nur die Verbindung über die drei internationalen Sekretariate herstellen. Sie wird sich aber auch praktisch auf den nächsten Kongress auswirken. Die graphischen Hilfsarbeiter sind ebenfalls jetzt der Internationale angegeschlossen.

Eine gute und wertvolle Arbeit ist dann in der Neugestaltung des internationalen „Bulletin“ geleistet. Nicht nur das äußere Gewand ist der Zeit entsprechend geändert, sondern auch der Inhalt. Es werden nicht mehr in jeder Nummer alle Artikel in den drei Kongreßsprachen geschrieben, sondern es erscheint je eine getrennte Ausgabe in Deutsch, Englisch und Französisch. Der neue Sekretär, Kollege Roelofs, hat seine Aufgabe darin gesehen, den Mitgliedern der Internationale in eingehenden Ausführungen aus den einzelnen Ländern selbst Übersicht über Leben und Arbeit der angeschlossenen Landesorganisationen zu geben.

Neben den Arbeiten, die mit dem Internationalen Gewerkschaftskongreß in Stockholm zusammenhängen, wurde der Versuch gemacht, die englischen Buchdrucker für die graphische Internationale zu gewinnen. Es haben dazu Konferenzen in Brüssel, London und Berlin stattgefunden, die uns einen Schritt vorwärts gebracht haben. Über die Sitzung in Berlin wird im Anschluß noch berichtet. Dann hat der Vorstand des Internationalen Lithographenbundes viel Arbeit darauf verwandt, um die Einigung der Bruderorganisationen in der Tschechoslowakei herbeizuführen. Es haben vielfache Zusammenkünfte stattgefunden. Ein Plan für die künftige Verschmelzung ist bereits entworfen. Endgültige Abmachungen liegen im Augenblick noch nicht vor. Es ist aber zu erwarten, daß zumindest eine kameradschaftliche Zusammenarbeit erfolgen wird.

Agitatorisch sind Portugal, Litauen und Bulgarien bearbeitet worden, um sie für den Anschluß zu gewinnen. Auch hier werden die Früchte nicht von heute auf morgen reifen. Es dürfte aber auch der Tag nicht mehr fern sein, wo diese Landesorganisationen sich der Internationale anschließen. Der Bericht des Sekretärs wurde genehmigt. Von der Tätigkeit wurde anerkennend Kenntnis genommen.

Aus der Erledigung der großen Tagesordnung der Exekutivtagung verdient noch folgendes hervorgehoben zu werden. Das internationale „Bulletin“ sowie Berichte und Protokolle der Internationalen sollen künftig die gleiche drucktechnische Ausführung beibehalten, wie sie jetzt geschaffen ist.

Bezüglich der Durchführung der Beschlüsse der Exekutivtagung von Interlaken beschloß die Exekutivtagung, von den internationalen Landesorganisationen, die bisher die Beschlüsse noch nicht sanktioniert haben, eine baldige Entscheidung zu verlangen. Wenn diese Zustimmung nicht erreicht werden kann, soll der Internationale Kongreß 1932 in Stockholm darüber entscheiden. Die Schwierigkeiten, die sich der Durchführung der Beschlüsse von Interlaken in der Schweiz entgegenstellen, sollen durch die Kollegen Haß und Roelofs auf dem Verhandlungswege ausgeräumt werden. Es steht also zu hoffen, daß in absehbarer Zeit der Konflikt über die Besetzung der Offset- und Tiefdruckmaschinen in der graphischen Internationale ausgestanden sein wird.

Bezüglich des Abkommens über die ständige Zusammenarbeit zwischen den drei graphischen Internationalen wurde in der Exekutivtagung kein festes Programm aufgestellt. Die internationalen Sekretariate sollen dauernd miteinander in Führung bleiben und gemeinsam interessierende Fragen für gemeinsame Beratungen vorbereiten.

Es erfolgte dann eine eingehende Aussprache, wie die vielen Einladungen zu internationalen Sitzungen und Kongressen erledigt werden sollen. Die Exekutivtagung einigte sich dahin, daß der Sekretär das selbständige Entscheidungsrecht haben soll, ob er eine Sitzung besucht. Bei minder wichtiger Tagesordnung soll er das Delegationsrecht haben. In solchen Fällen sollen die drei graphischen Internationalen sich über eine Delegation zu verständigen suchen. Es wurde ferner beschlossen, die Buchdrucker- und Buchbinderinternationale zu unserem nächsten Internationalen Kongreß 1932 in Stockholm einzuladen.

Kollege Roelofs erstattete dann Bericht über die Vorbereitung der Sitzung der drei graphischen Internationalen in Berlin. Er berichtete ausführlich über die Tagungen in Brüssel und London. Obwohl unsere Internationale von dem internationalen Anschluß nicht direkt betroffen wird, sollen unser Internationales Sekretariat und insbesondere unsere englischen Kollegen für den Zusammenschluß wirken.

Eine sehr umfangreiche Erörterung erfolgte dann über die Lage in der Tschechoslowakei, die Vereinigung der Grafikka Beseda mit der Graphischen Union in Reichenberg. Die Angelegenheit wurde sehr eingehend durchgesprochen und die gemachten Vorschläge begutachtet. Schließlich wurde den Kollegen Haß und Roelofs Auftrag erteilt, unsere Internationale einen Abschluß vorzulegen.

Dann wurde noch die Tagungszeit des nächsten internationalen Kongresses festgestellt. Er soll vom 15. bis 19. Juli 1932 in Stockholm tagen. Die Exekutivtagung begann dann die Vorarbeit für den nächstjährigen internationalen Kongreß. Da auf diesem Kongreß über ein internationales Mindestprogramm und die Schaffung eines Widerstandsfonds zur Durchführung desselben beschlossen werden soll, wurde dem Sekretär Vollmacht erteilt, die notwendigen Umfragen in der Internationale vorzunehmen und sie statistisch zu verarbeiten. Zur Förderung dieser Arbeit soll im Dezember 1931 eine weitere Exekutivtagung berufen werden. Die übrigen Punkte der Tagesordnung betrafen internationale Angelegenheiten von minderer Bedeutung.

In Verbindung mit der Exekutivtagung in Amsterdam konnten die Exekutivmitglieder ein Fest der Landesorganisationen besuchen. In Holland findet in jedem Jahre ein solches Fest statt, zu dem alle Mitgliedschaften delegierte entsenden. Das Fest hinterließ bei den Exekutivmitgliedern die allerbesten Eindrücke über den Zusammenhalt und die Arbeit der holländischen Landesorganisation.

II.

Die Berliner Tagung vom 12. bis 14. August fand im Verbandshaus der deutschen Buchdrucker statt. Es fanden zwei Sitzungen der erweiterten Sekretariatskommission der Buchdrucker-Internationale, eine gemeinsame Sitzung der Exekutiven der drei graphischen Internationalen und zwei Sitzungen der drei Exekutiven gemeinsam mit den Vertretern der graphischen Organisationen Großbritanniens statt. Der internationale Lithographenbund war durch die Kollegen Haß (Berlin), Lindeman und Geerling (Amsterdam) und Kneale (London) vertreten. Die englischen Buchdrucker hatten fünf Kollegen delegiert. Außerdem waren die Exekutiven der Buchdrucker und Buchbinder vollzählig vertreten. Da der Internationale Lithographenbund kurz zuvor eine Exekutivtagung in Amsterdam abgehalten hatte, wurde eine Sondertagung in Berlin nicht abgehalten. Die Buchdrucker beschäftigten sich in ihrer Exekutivtagung besonders mit der Aussperrung in Norwegen und dem internationalen Lohnabbau.

Die erste gemeinsame Sitzung der drei Exekutiven der graphischen Internationalen tagte ohne die englischen Buchdrucker. Diesmal saß Kollege Hauelsen als Vorsitzender der Buchbinder-Internationale der Sitzung vor. Er erinnerte noch einmal an die Tagung in Interlaken, die diese Zusammenarbeit beschlossen hatte. Es wurde dann das Verhältnis zu den englischen Organisationen eingehend erörtert, wobei wir für unsere Internationale feststellen konnten, daß die Lithographen, Steindruckern und Chemigraphen von der Gründung der Internationalen an, also 35 Jahre, mit uns zusammengearbeitet haben. Weder die Buchbinder noch die Buchdrucker Englands gehören bisher der Internationale an. Die Buchbinder hatten schon einmal den Beitritt vollzogen. Die Exekutiven waren einmütig der Ansicht, daß mit allem Nachdruck der Anschluß der englischen Organisationen gefördert werden müsse.

Dann wurde die Aussperrung in Norwegen zum Anlaß einer allgemeinen Aussprache genommen. Es zeigte sich, daß die Erfahrungen bei allen drei Berufen die gleichen waren. Es wurden deshalb auch gleiche Schlußfolgerungen gezogen. Die internationale Unterstützung bei Streiks ist allerdings in allen Internationalen sehr verschieden. Die Sekretariate wurden nach erfolgter Aussprache beauftragt, gemeinsam eine einheitliche Unterstützungsregelung vorzubereiten. In einer späteren Sitzung soll darüber dann entschieden werden. Diese Sitzung, die in kameradschaftlichster Weise verlief, hinterließ einen sehr wohlthuenden Eindruck.

Dann erfolgten an zwei Tagen die Sitzungen aller drei Exekutiven mit den Vertretern der graphischen Organisationen Großbritanniens. In einer 5 1/2 stündigen Aussprache wurde ernstlich versucht, den Boden zu bereiten, damit die englischen Buchdrucker und Buchbinder der Internationale beitreten können. Das größte Hindernis für den Anschluß besteht bei den englischen Buchdruckern in der Zersplitterung. Es besteht noch keine zentrale Einheitsorganisation. Die Verschmelzung der 5 Buchdruckerorganisationen in England wurde bisher verhindert, weil einige Organisationen sehr reich und andere sehr arm sind. Obwohl die englischen Buchdrucker bereits auf fünf internationalen Kongressen vertreten waren, konnte bisher noch immer nicht die Zustimmung zum Anschluß erreicht werden. Sehr interessant waren die Schilderungen der einzelnen Redner über die Berufsverhältnisse und die Berufsorganisationen. In London existieren z. B. neben der offiziellen Setzerorganisation noch drei andere. Diese Kollegen sehen sehr materiell eingestellt. Sie stellen bei der Erörterung des Anschlusses immer die Frage: Was erhalte ich? Es ist selbstverständlich, daß die deutschen Vertreter mit allen Mitteln versucht haben, den Buchbindern und Buchdruckern Eng-

lands zuzureden, den Anschluß endlich zu vollziehen. Die sehr interessante Debatte bewies allerdings auch, mit welcher Vorsicht die englischen Kollegen an neue Probleme und an Umstellungen in der Organisationsform herangehen. Sie stellen zunächst immer erst die Frage, ob der neue Zustand gegenüber dem alten ihnen einen Vorteil bringt. Sie stellen die zweite Frage, ob die Mitglieder von der Nützlichkeit der Änderung überzeugt werden können. Es war deshalb auch die allseitige Meinung, daß zunächst in England eine einheitliche Organisation geschaffen werden müsse, bevor sie wirklich in der Internationale die ihnen zukommende Rolle spielen können. Das praktische Ergebnis dieser Erörterung war, daß zwei Organisationen den Anschluß in Aussicht gestellt haben. Die Buchbinder wollen ihren Beitritt am 1. Januar 1932 vollziehen. Diese Erklärung wurde sehr freundlich aufgenommen.

Nach Abschluß der Tagung wurden den englischen Kollegen die Verbandshäuser der vier graphischen Verbände in Deutschland gezeigt. Wir können offen aussprechen, daß sie über das in Deutschland Geschaffene außerordentlich erstaunt waren. Die mehr als bescheidenen Büros in England wie überhaupt der ganze Organisationsapparat lassen einen Vergleich mit deutschen Verhältnissen nicht zu. Den Kollegen wurde dann noch die Möglichkeit geboten, das Riesenunternehmen Ullstein zu besuchen. Der Abschied von den englischen Gästen war sehr herzlich. Es ist zu hoffen, daß die Auswirkung dieser Tagung nunmehr in beschleunigtem Tempo den künftigen Zusammenschluß möglich macht.

jh.

Gegenwarts-Rundblick

Das Graphische Kartell Dortmund veranstaltete am 26. September eine gemeinschaftliche Betriebsräte- und Funktionärsversammlung, die zufriedenstellend besucht war. Der 2. Gauleiter des Gaues Köln des V. d. D. B., Chr. Fette, sprach über das Thema: „Gegenwarts-Rundblick“. Er begrüßte zunächst die Gelegenheit, vor einem Kreise der bedeutsamsten Träger der gewerkschaftlichen Organisationen sprechen und ihnen den ausdrücklichen Dank des Frankfurter Gewerkschaftskongresses für ihre mühevolle und selbstlose Tätigkeit übermitteln zu können. Es möge vielleicht zutreffen, daß die Haltung der Gewerkschaften gegenüber der derzeitigen Reichsregierung in landläufigem Sinne nicht als populär anzusprechen sei. Sie finde ihre Grundlage jedoch in dem unerschütterlichen Verantwortungsbewußtsein, durch das alle Handlungen der Gewerkschaften bestimmt würden. Es gehe gegenwärtig in erster Linie darum, den Staatsbankrott und den damit zwangsläufig verbundenen Bürgerkrieg zu verhindern, wodurch die Arbeiterschaft alles verlieren würde, was die Gewerkschaften in 6 1/2 Jahrzehnten unter namenlosen Opfern aufgebaut haben. Die besondere gewerkschaftliche Aufgabe bestehe darin, einseitige und untragbare Belastungen der Massen abzuwehren. Die Undurchführbarkeit radikaler Rezepte, die auf eine sogenannte wirtschaftliche Selbstgenügsamkeit oder auf eine ausschließliche wirtschaftliche Anlehnung an Sowjetrußland hinzielen, sei zahlenmäßig einwandfrei nachzuweisen. Zu den Auswirkungen der allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Lage auf das Gewerbe übergehend, gab Kollege Fette der ersten Befürchtung Ausdruck, die ungeheure Belastung des Arbeitsmarktes könne zu gefährlichen Rückwirkungen auf die solidarische Haltung der Arbeiterschaft führen. In diesem Zusammenhang spiele die Frage der vierzigstündigen Arbeitswoche eine bedeutsame Rolle. Diskutabel sei die damit vorgesehene Verkürzung der Arbeitszeit jedoch nur, wenn in den strittigen Punkten des Lohnausgleichs und Einstellungs-zwanges Lösungen gefunden würden, die sowohl dem verschlechterten Lebensstandard der Kollegschaft wie auch den berechtigten Erwartungen der Arbeitslosen Rechnung tragen. Der erste Ansatzpunkt, von dem aus das Unternehmertum versuche, sich diese hier und da bereits aufgetretenen Rückwirkungen zunutze zu machen, sei der Angriff auf die Leistungszulagen. Die erbitterten Kämpfe, die zu ihrer Erringung geführt werden mußten, verpflichteten zum Kampf um ihre Erhaltung. Hieraus erwachse namentlich den Betriebsräten die Pflicht, den Arbeitgeber evtl. zwangsmäßig unter Benutzung des „Erschütterungsparagrafen“ 66 des BRG. für unkontrollierbare Angaben über die geschäftliche Lage und ihre Absichten die im § 71 des BRG. verankerte Beweis-pflicht abzufordern. Die Entlassungsfrage stehe gegenwärtig enger denn je mit der Frage der Kurzarbeit im Zusammenhang. Gewiß sei es eine vordringliche Aufgabe der Betriebsräte, das weitere Anschwellen der Arbeitslosigkeit nach Möglichkeit zu unterbinden, insbesondere die oftmals anzutreffende systematische Ausschaltung des älteren, besser bezahlten Stammpersonals zu durchkreuzen. Eine schematische Beantwortung der Frage Entlassungen oder Kurzarbeit? sei jedoch nicht möglich; notwendig sei, die Beurteilung ein-

schlägiger Fälle ihrer besonderen Lagerung anzupassen. Sehr aufschlußreich und interessant gestaltet sich die darauf folgende Lektion über die praktische Handhabung des Einspruchsparagrafen 84 aus dem BRG. und die reichsarbeitsgerichtliche Auslegung desselben, wie auch über die wichtigsten Vorschriften der Stilllegungsverordnung. Alle die Aufgaben, die den Betriebsräten und Verbandsfunktionären in dieser Zeit besonders zahlreich erwachsen, verlangten von ihnen nicht nur ein hohes Maß von Verantwortungsbewußtsein und Tatkraft, sondern auch gewissenhafte Kenntnisse der Rechte und Gesetze, die im betrieblichen Kleinkampf im Vordergrund stehen. Darüber hinaus seien sie berufen, unbeeinträchtigt durch radikale Lockfreie unermüdet die Einheit und Machterhaltung der gewerkschaftlichen Organisationen zu wahren. Starker Beifall bestätigte Kollegen Fette, daß seine gedanklich und rhetorisch gleichermaßen eindrucksvollen Ausführungen den Dortmund Betriebsräten und Verbandsfunktionären wertvolle, für ihr praktisches Wirken fruchtbare Anregungen und Aufklärungen vermittelt haben. Die anschließende Debatte gab ihm Gelegenheit, seine Darlegungen nach verschiedenen Richtungen hin zu ergänzen.

Die Bremer gegen den Wirtschaftssumpf

In einer sehr gut besuchten Vollversammlung des Graphischen Bundes, Ortsgruppe Bremen, am 24. 9. sprach der Genosse Alfred Faust, Chefredakteur des Bremer Parteigorgans und Verfasser der viel beachteten Broschüre „Das Panama der Nordwolle“ über das aktuelle Thema „Wirtschaftssumpf“. Ausgehend von der durch den Nordweststurm getragenen Geld- und Wirtschaftskrise, durch die das Staatsgebiet Bremen windhosenartig betroffen sei, beleuchtete Redner die Ursachen nach der persönlichen und sachlichen Seite hin. Waren den Versammelten die Tatsachen im allgemeinen durch die Presse auch schon bekannt, so vermochte die eigene Vortragsart des Referenten das Material derart zwangsläufig zusammenhängend zu gestalten, daß somit die ungeheure Ausdehnung der Krise verständlich wurde. Ein besonderes Kapitel galt dem sogenannten „Staatskapitalismus“ in diesem Zusammenhang. Die familiäre Versippung der Staats- und Wirtschaftsführer ermöglichte die risikvollen Fehlforderungen in den verschiedensten Fällen wie Nordwolle, Hansabank, Schröderbank, Straßenbahn, Werft Rheederbetriebe usw. Selbst Konkurrenzmanöver gegen Hamburger Unternehmen fanden „staatliche“ Unterstützung. Auch dafür, daß eine kirchenfromme Gesinnung und Begünstigung der politischen Reaktion zu den typischen Eigenschaften dieser Wirtschaftsführer gehöre, gab Redner drastische Beweise. Das letzten Endes die ebenfalls zur Versippung gehörende bürgerliche Presse den ganzen Komplex dieser Mißwirtschaft bewußt unterdrückt, kennzeichnet eben ihre Einstellung zur Genüge. Um so mehr sei es Aufgabe unserer Presse, unbarmherzig hineinzuzeichnen und restlose Klärung zu verlangen. Die Arbeiterschaft selbst aber, als die am schwersten Betroffenen, habe mit allen Mitteln und den ihr zur Verfügung stehenden Organen dahin zu wirken, dieses bankrotte Wirtschaftssystem in ein ihr zweckdienliches umzuformen. Das zweiwöchige Referat fand äußerst beifällige Aufnahme. — Ein Bericht über die Behandlung der Frage betr. „Graphische Arbeiten in der Strafanstalt“ mußte vom Vorsitzenden Bückenkröger der vorgeschrittenen Zeit halber bis zur nächsten Versammlung vertagt werden.

Vom Büchertisch

Die Wandlungen der Gottesvorstellung. Von Dr. Fritz Schiff. Urania-Freidenker-Verlag, G. m. b. H., Jena. Brochüert 1,50 Mk., in Ganzleinen 2.— Mk.

Schiffs Buch stellt seit langer Zeit wieder den ersten Versuch dar, den Gestaltswandel des Gottesbildes durch eine marxistische Untersuchung zu klären. Die meisten religionswissenschaftlichen Forschungen über dieses Thema sind auf die vorgeschichtliche Zeit beschränkt und auch trotz allem reichen soziologischen Material ideengeschichtlich orientiert. Die Arbeit von Schiff enthält diesen Mangel nicht. Er betrachtet nicht die Idee Gottes an sich, sondern definiert gleich im Vorwort Gott als eine gesellschaftliche Bewußtseinsform. Grundsätzlich wird nachgewiesen, daß die Formen der jeweiligen Gottesvorstellung den jeweiligen gesellschaftlichen Bedürfnissen entsprechen. Es werden behandelt die Formen der Gottesvorstellung in den primitiven Urzeiten, die Ödipuswelt der alten Feudalgesellschaften — hier wird der Religion Ägyptens und Babylons ein besonderer Abschnitt gewidmet — und die Entwicklung der christlichen Gottgestalten. An den Werken der bildenden Kunst, die Schiff immer mit zum Beweis heranzieht, wird der Gestaltswandel zum europäischen Herrschaftsgott dargestellt. Schiff setzt dann weiter den heute so häufig festgestellten naturwissenschaftlichen Monismus an seinen richtigen Ehrenplatz, zeigt aber zugleich seine Grenzen, denn Gott kann niemals durch die Theorie, sondern allein durch die Wirklichkeit des gesellschaftlichen Daseins überwunden werden. Im letzten Kapitel werden die verschiedenen neuen religiösen Strömungen gezeigt, die im Weltkrieg und in der letzten kapitalistischen Weltkrise entstanden sind. Deutlich wird gesagt, daß es jetzt für die Mächte der Vergangenheit nicht mehr um einen Gottesbeweis geht, sondern um die Autorität der Kirche, daß Gott jetzt letzten Endes Gegenstand des politischen Kampfes geworden ist.